
S 14 AS 1633/11

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Arbeitslosengeld II - Unterkunft und Heizung - Heizkostennachforderung - unwirtschaftliches Heizverhalten - Überschreiten des Grenzwertes des bundesweiten Heizkostenspiegels - konkrete Angemessenheitsprüfung - Notwendigkeit einer Kostensenkungsaufforderung
Leitsätze	Die konkrete Angemessenheitsprüfung und die Notwendigkeit einer Kostensenkungsaufforderung gelten auch in Bezug auf eine Heizkostennachforderung die den Grenzwert aus dem bundesweiten Heizkostenspiegel überschreitet.
Normenkette	SGB II § 22 Abs 1 S 1 ; SGB II § 22 Abs 1 S 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 14 AS 1633/11
Datum	22.10.2013

2. Instanz

Aktenzeichen	L 14 AS 524/13
Datum	09.01.2019

3. Instanz

Datum	19.05.2021
-------	------------

Â

Auf die Revisionen der KlÃ¤gerinnen wird das Urteil des Landessozialgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 9.Â Januar 2019 aufgehoben und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Neubrandenburg vom 22.Â Oktober

2013 zurÃ¼ckgewiesen.

Der Beklagte hat die Kosten der KlÃ¤gerinnen auch fÃ¼r das Berufungs- und Revisionsverfahren zu erstatten.

Ã

G r Ã¼ n d e :

I

Ã

1

Im Streit sind Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung fÃ¼r Mai 2011.

Ã

2

Die KlÃ¤gerinnen sind 2005, 2006 und 2008 geboren und leben bei ihrer Mutter. FÃ¼r die von September 2009 bis 5.1.2011 bewohnte, 85,78 qm groÃe Mietwohnung berÃ¼cksichtigte das beklagte Jobcenter als Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung neben der Miete in tatsÃ¤chlicher HÃ¶he ua Heizkosten in HÃ¶he von monatlich 74,11 Euro fÃ¼r Januar, 78,28 Euro fÃ¼r Februar bis Mai 2010 und von 138,96 Euro fÃ¼r Juni bis Dezember 2010 entsprechend den Abschlagsforderungen des Vermieters und nach Abzug der Pauschalen fÃ¼r Warmwasserbereitung.

Ã

3

Am 6.1.2011 zog die Familie mit Zustimmung des Beklagten in eine andere Wohnung um; bis dahin bezogen neben der Mutter auch die KlÃ¤gerinnen Leistungen nach dem SGB II. Auf ihren Antrag bewilligte der Beklagte nur der Mutter der KlÃ¤gerinnen fÃ¼r die Zeit vom 1.1. bis 30.6.2011 Leistungen; Leistungen fÃ¼r die KlÃ¤gerinnen wurden wegen ihres den jeweiligen Bedarf Ã¼bersteigenden Einkommens zunÃ¤chst nicht, im weiteren Verlauf nur fÃ¼r Juni 2011 bewilligt (*Bescheid vom 27.12.2010; Ãnderungsbescheide vom 26.3. und 12.5.2011; Widerspruchsbescheid vom 21.6.2011; im Mai 2011 hatten die KlÃ¤gerinnen Einkommen in Form von Unterhaltsvorschuss, Wohngeld und Kindergeld*). Gegen die Bescheide in der Gestalt des Widerspruchsbescheids haben allein die KlÃ¤gerinnen Klage erhoben.

Ã

Bereits im April 2011 hatte der frühere Vermieter ua eine Heizkostennachforderung in Höhe von 690,35 Euro geltend gemacht, fällig am 1.5.2011. Der Beklagte lehnte (*mit einem nur an die Mutter der Klägerinnen gerichteten Bescheid vom 24.6.2011*) die Übernahme der Heizkostennachzahlung wegen Unangemessenheit ab, soweit sie 148,58 Euro übersteige (*teilweise Abhilfe des Widerspruchs im Widerspruchsbescheid vom 6.10.2011*). Das dagegen gerichtete Klageverfahren (*Aktenzeichen S 14 AS 2598/11*), geführt von den Klägerinnen und ihrer Mutter, wurde im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem SG, in dem auch das vorliegende Verfahren verhandelt und entschieden worden ist, für erledigt erklärt.

Ä

5

Während das SG den Beklagten verurteilt hat (*Urteil vom 22.10.2013*), den Klägerinnen Leistungen für Mai 2011 unter Berücksichtigung der dort fälligen Heizkostennachzahlung in Höhe von 690,35 Euro zu bewilligen, hat das LSG das Urteil des SG aufgehoben und die Klagen abgewiesen (*Urteil vom 9.1.2019*). Zur Begründung hat das LSG ua ausgeführt, ein Leistungsanspruch der Klägerinnen für Mai 2011 bestehe nicht; insbesondere sei die Heizkostennachforderung nicht (anteilig) bedarfserhöhend zu berücksichtigen. Die Heizkosten seien unangemessen hoch und beruhten auf einem offensichtlich grob unwirtschaftlichen Heizverhalten. Sie überstiegen die Grenzwerte des Bundesweiten Heizspiegels. Einer Kostensenkungsaufforderung durch den Beklagten habe es nicht bedurft. [§ 22 Abs 1 Satz 3 SGB II](#) ziele vornehmlich auf diejenigen Fälle ab, in denen die unangemessenen Heizkosten auf einer unangemessenen Wohnungsgröße beruhten. Einschränkungen der Übernahmepflicht aufgrund unwirtschaftlichen Heizverhaltens habe auch das BSG angenommen (*Verweis auf BSG vom 19.9.2008* [B 14 AS 54/07 R](#)).

Ä

6

Mit ihren vom Senat zugelassenen Revisionen rügen die Klägerinnen eine Verletzung des [§ 22 Abs 1 SGB II](#). Das LSG sei zu Unrecht davon ausgegangen, Heizkosten, die auf einem grob unwirtschaftlichen Verhalten beruhten, seien auch ohne vorherige Kostensenkungsaufforderung nicht als Bedarf zu berücksichtigen. Dies stehe in Widerspruch zu [§ 22 Abs 1 Satz 3 SGB II](#), der nur zwischen angemessenen und unangemessenen Kosten differenziere. Unangemessene Kosten seien danach so lange als Bedarf zu berücksichtigen, wie es dem Hilfebedürftigen nicht möglich oder zumutbar sei, sie zu senken. Deshalb habe das BSG bereits entschieden, dass unangemessene Heizkosten so lange zu übernehmen seien, bis eine Kostensenkungsaufforderung erfolgt sei. Das Gegenteil ergebe sich auch nicht aus der vom LSG genannten Entscheidung.

Â

7

Die KlÃ¤gerinnen beantragen,
das Urteil des Landessozialgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 9.Â Januar 2019
aufzuheben und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts
Neubrandenburg vom 22.Â Oktober 2013 zurÃ¼ckzuweisen.

Â

8

Der Beklagte beantragt,
die Revisionen zurÃ¼ckzuweisen.

Â

9

Er hÃ¤lt die Entscheidung des LSG fÃ¼r zutreffend.

Â

II

Â

10

Die Revisionen der KlÃ¤gerinnen sind im Sinne der Aufhebung des LSG-Urteils
begrÃ¼ndet ([Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG](#)). Ihnen stehen fÃ¼r Mai 2011 unter
BerÃ¼cksichtigung der Heizkostennachforderung hÃ¶here Leistungen fÃ¼r
Unterkunft und Heizung zu.

Â

11

1.Â Gegenstand des Verfahrens ist neben den vorinstanzlichen Entscheidungen und
dem Bescheid vom 12.5.2011 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom
21.6.2011 der Bescheid vom 24.6.2011 und der Widerspruchsbescheid vom
6.10.2011, soweit dem Widerspruch darin teilweise abgeholfen worden ist. Letztere
sind nach [Â§Â 86, 96 SGG](#) Gegenstand des Widerspruchs- bzw Klageverfahrens
geworden und haben den zuletzt nach [Â§Â 86 SGG](#) in das Widerspruchsverfahren
gegen den Bescheid vom 27.12.2010 einbezogenen Bescheid vom 12.5.2011 in
Bezug auf Mai 2011 geÃ¤ndert.

Â

12

Bei Auslegung des Bescheids vom 12.5.2011 nach objektivem Sinngehalt, also danach, wie der Empfänger diesen bei verständiger Würdigung nach den Umständen des Einzelfalls objektiv verstehen musste (*stRspr; statt vieler BSG vom 6.4.2011* [BÄ 4Ä AS 119/10Ä RÄ](#) *â* [BSGE 108, 86](#) =Ä *SozR 4â* [1500 Ä§Ä 54 NrÄ 21, RdNrÄ 18; BSG vom 10.7.2012 *â* \[BÄ 13Ä R 85/11Ä RÄ\]\(#\) *â* *SozR 4â* \[2600 Ä§Ä 96a NrÄ 14 RdNrÄ 25\]\(#\)\) hat der Beklagte darin nicht nur eine Nachzahlung wegen des Wegfalls des Abzugs für die Warmwasseraufbereitung ab 1.1.2011 verweigert, sondern auch konkludent weitere Leistungen für Mai 2011 abgelehnt. Denn dem Beklagten war bei Bescheiderlass bekannt, dass Heizkosten nachgefordert wurden, weil deren Übernahme durch die Mutter der Klägerinnen zuvor \(am 12.4.2011\) beantragt worden war \(*zur fehlenden Notwendigkeit eines entsprechenden Antrags BSG vom 22.3.2010* *â* \[BÄ 4Ä AS 62/09Ä RÄ\]\(#\) *â* *SozR 4â* \[4200 Ä§Ä 22 NrÄ 38\]\(#\)\).](#)

Â

13

Sodann hat der Beklagte mit dem Bescheid vom 24.6.2011 erneut über den Leistungsanspruch der Klägerinnen (und ihrer Mutter) für Mai 2011 entschieden und mit der im Widerspruchsbescheid erfolgten Bewilligung von 148,58Ä Euro dem Widerspruch teilweise abgeholfen. Dass in den Bescheiden nicht der Leistungsanspruch insgesamt für Mai 2011 ausgewiesen ist und die Bescheide nur an die Mutter der Klägerinnen adressiert sind, steht ihrem Ändernden Charakter in Bezug auf den Bescheid vom 12.5.2011 nicht entgegen. Denn der Bescheid vom 24.6.2011 ist nach Maßgabe eines verständigen Empfängers, der die Zusammenhänge berücksichtigt, die die Behörde nach ihrem wirklichen Willen ([Ä§Ä 133 BGB](#)) erkennbar in ihre Entscheidung einbezogen hat und unter Berücksichtigung des [Ä§Ä 38 SGBÄ II](#) nicht als (*unzulässige, vgl stRspr seit BSG vom 7.11.2006* *â* [BÄ 7bÄ AS 8/06Ä RÄ](#) *â* [BSGE 97, 217](#) =Ä [SozR 4â \[4200 Ä§Ä 22 NrÄ 1, RdNrÄ 22\]\(#\)\) isolierte Entscheidung nur über die Übernahme der Heizkosten allein gegenüber der Mutter der Klägerinnen zu verstehen, sondern auch an die Klägerinnen gerichtet. Da die gegen diese Bescheide gerichtete und später als die vorliegend erhobene Klage \[SÄ 14Ä AS 2598/11\]\(#\) deshalb wegen anderweitiger Rechtshängigkeit von Anfang an unzulässig war \(\[Ä§Ä 202 SatzÄ 1 SGG iVm Ä§Ä 17 AbsÄ 1 SatzÄ 2 GVG\]\(#\)\) steht ihre Rücknahme/Erledigung im Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem SG einer Sachentscheidung des Senats nicht entgegen.](#)

Â

14

2.Ä Ihre Ansprüche machen die Klägerinnen mit der kombinierten Anfechtungs-

und Leistungsklage ([Â§Â 54 AbsÂ 1, 4 SGG](#)) geltend, zulÃssigerweise gerichtet auf den Erlass eines Grundurteils ([Â§Â 130 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG](#)) im HÃhnenstreit (*dazu BSG vom 30.1.2019* [BÂ 14Â AS 24/18Â RÂ](#) [BSGE 127, 214](#) = *SozR 4* [4200](#) *Â§Â 22 NrÂ 101, RdNrÂ 12*), in der Sache begrenzt auf die GewÃhrung hÃherer Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung fÃ¼r Mai 2011. Voraussetzung fÃ¼r die ZulÃssigkeit eines Grundurteils im HÃhnenstreit ist eine so umfassende AufklÃrung zu Grund und HÃhe des Anspruchs, dass mit Wahrscheinlichkeit von einer hÃheren Leistung ausgegangen werden kann, wenn der BegrÃ¼ndung der Klage gefolgt wird (*vgl nur BSG vom 16.4.2013* [BÂ 14Â AS 81/12Â RÂ](#) [SozR 4](#) [4225](#) *Â§Â 1 NrÂ 2 RdNrÂ 10 mwN*). Diese Voraussetzungen liegen vor. Die KlÃgerinnen haben im Mai 2011 Anspruch auf hÃhere Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung, weil bei ihnen Ã¼ber die bereits bewilligten 148,58 Euro hinaus ein hÃherer anteiliger Bedarf aufgrund der Heizkostennachforderung anzuerkennen ist.

Â

15

3.Â Rechtsgrundlage fÃ¼r den geltend gemachten Anspruch auf Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung sind die *Â§Â 19, 22* ff und [Â§Â 7](#) ff SGBÂ II (*in der ab 1.4.2011 geltenden Gesetzesfassung der Bekanntmachung vom 13.5.2011*, [BGBIÂ I 850](#); *Geltungszeitraumprinzip, vgl BSG vom 19.10.2016* [BÂ 14Â AS 53/15Â R](#) *Â* [SozR 4](#) [4200](#) *Â§Â 11 NrÂ 78 RdNrÂ 15 mwN*).

Â

16

4.Â Die KlÃgerinnen gehÃ¶ren zum leistungsberechtigten Personenkreis des [Â§Â 7 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ II](#), denn sie sind unter BerÃ¼cksichtigung ihres kopfteiligen Bedarfs im Mai 2011 leistungsberechtigt und leben mit ihrer erwerbsfÃhigen Mutter in einer Bedarfsgemeinschaft. Ausgehend von dem Gesamtbetrag der Nachforderung in HÃhe von 690,35Â Euro errechnet sich unter BerÃ¼cksichtigung der bereits bewilligten 148,58Â Euro ein Gesamtbedarf von noch 541,77Â Euro, kopfteilig (unter BerÃ¼cksichtigung der Mutter der KlÃgerinnen) von 135,44Â Euro pro KlÃgerin, dem ein EinkommensÃ¼berhang der KlÃgerinnen zuÂ 1. undÂ 2. im Mai 2011 von 70,58Â Euro, der KlÃgerin zuÂ 3. von 76,59Â Euro gegenÃ¼ber steht.

Â

17

5.Â Bedarfe fÃ¼r Unterkunft und Heizung werden in HÃhe der tatsÃchlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind ([Â§Â 22 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#)). Die PrÃ¼fung der Angemessenheit der Bedarfe fÃ¼r die Unterkunft und fÃ¼r die Heizung hat grundsÃtzlich getrennt voneinander zu erfolgen (*vgl nur BSG*

vom 2.7.2009 [BÄ 14Ä AS 36/08Ä RÄ](#) [BSGE 104, 41](#) =Ä [SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 23](#), RdNrÄ 18 mwN), unbeschadet der Wirtschaftlichkeitsprüfung bei Kostensenkungsaufforderungen ([Ä§Ä 22 AbsÄ 1 SatzÄ 4 SGBÄ II](#)) und der zwischenzeitlich eingeführt, im vorliegenden Verfahren aber nicht anzuwendenden Gesamtangemessenheitsgrenze nach [Ä§Ä 22 AbsÄ 10 SGBÄ II](#) in der Fassung des Gesetzes vom 26.7.2016 (*BGBIÄ I 1824*). Von der Regelung erfasst werden nicht nur laufende, sondern auch einmalige Kosten für Unterkunft und Heizung (*BSG vom 16.12.2008* [BÄ 4Ä AS 49/07Ä RÄ](#) [BSGE 102, 194](#) =Ä [SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 16](#), RdNrÄ 26), wie die hier im Streit stehende Heizkostennachforderung. Bei dem gesetzlichen Tatbestandsmerkmal *Angemessenheit* handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff (*stRspr*; vgl *BSG vom 19.2.2009* [BÄ 4Ä AS 30/08Ä RÄ](#) [BSGE 102, 263](#) =Ä [SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 19](#), RdNrÄ 12; *BSG vom 12.12.2017* [BÄ 4Ä AS 33/16Ä RÄ](#) [BSGE 125, 29](#) =Ä *SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 93*, RdNrÄ 14), gegen dessen Verwendung auch zur Sicherstellung des existenzsichernden Bedarfs für Heizkosten keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen (zu [Ä§Ä 22 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ II](#) *allgemein BVerfG vom 6.10.2017* [1Ä BvL 2/15 uaÄ](#) *juris* und vom 10.10.2017 [1Ä BvR 617/14 Ä](#) *juris*).

Ä

18

6.Ä Der Anerkennung als Bedarfe steht nicht bereits entgegen, dass die Klägerinnen nicht mehr in der Wohnung leben, für die Heizkosten nachgefordert werden. Zwar umfasst der Anspruch nach [Ä§Ä 22 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ II](#) nach Sinn und Zweck (Schutz des persönlichen Lebensraums *Wohnung*) grundsätzlich nur die Übernahme der Aufwendungen für die tatsächlich genutzte konkrete Wohnung, die den aktuell bestehenden Unterkunftsbedarf deckt (*stRspr*; vgl *BSG vom 25.6.2015* [BÄ 14Ä AS 40/14Ä RÄ](#) [SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 83 RdNrÄ 15 mwN\). Besteht das Mietverhältnis noch, gehören danach selbst Nebkostennachforderungen, die vor Eintritt der Hilfebedürftigkeit tatsächlich entstanden sind, aber erst nach deren Eintritt fällig werden, zu den übernehmefähigen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung \(so *BSG vom 24.11.2011* \[BÄ 14Ä AS 121/10Ä RÄ\]\(#\) \[SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 58 RdNrÄ 15\]\(#\); *BSG vom 25.6.2015* \[BÄ 14Ä AS 40/14Ä RÄ\]\(#\) \[SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 83 RdNrÄ 16\]\(#\)\) im Monat ihrer Fälligkeit \(vgl *BSG vom 20.12.2011* \[BÄ 4Ä AS 9/11Ä RÄ\]\(#\) \[SozR 4â 4200 Ä§Ä 22 NrÄ 50 RdNrÄ 14\]\(#\)\).](#)

Ä

19

7.Ä Besteht das Mietverhältnis im Zeitpunkt der Fälligkeit der Nebkostennachforderung nicht mehr *wie hier* sind von dem vorgenannten Grundsatz jedoch Ausnahmen anerkannt worden, wenn die leistungsberechtigte Person durchgehend von der tatsächlichen Entstehung der

Kosten bis zu deren Fälligkeit im Leistungsbezug nach dem SGB II steht (BSG vom 30.3.2017 [BÄ 14 AS 13/16 R](#) [SozR 4 4200 Ä 22 Nr 92](#)), die Aufgabe der bisherigen Wohnung in Erfüllung einer Kostensenkungsobliegenheit gegenüber dem Leistungsträger erfolgt und keine andere Bedarfsdeckung eingetreten ist (BSG vom 20.12.2011 [BÄ 4 AS 9/11 R](#) [SozR 4 4200 Ä 22 Nr 50 RdNr 17](#); vgl auch BSG vom 25.6.2015 [BÄ 14 AS 40/14 R](#) [SozR 4 4200 Ä 22 Nr 83 RdNr 22](#)) oder eine Zusicherung hinsichtlich des Umzugs vorlag (BSG vom 30.3.2017 [BÄ 14 AS 13/16 R](#) [SozR 4 4200 Ä 22 Nr 92](#)), weil in diesen Fällen eine existenzsicherungsrechtlich relevante Verknüpfung der Nebenkostennachforderung für die in der Vergangenheit bewohnte Wohnung mit dem aktuellen unterkunftsbezogenen Bedarf besteht. Nichts anderes gilt, wenn [wie hier](#) die Wohnkosten für die klagenden Kinder durch vorrangig zu beantragendes Kinderwohngeld gedeckt werden. Zwar beendet die Inanspruchnahme vorrangiger (Sozial-)Leistungen ([Ä 12a Abs 1 SGB II](#)) ggf die Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II, sodass es sich bei einem späteren SGB II Leistungsbezug nicht mehr um einen einheitlichen Leistungsfall handelt (vgl BSG vom 8.5.2019 [BÄ 14 AS 15/18 R](#) [SozR 4 4200 Ä 11 Nr 86 RdNr 22](#)). Die mit der verpflichtenden Beantragung vorrangigen Wohngelds beabsichtigte Besserstellung der Kinder kehrte sich aber wegen der grundsicherungsrechtlichen Zuordnung des Kinderwohngelds als Einkommen des Kindes (*trotz der Anspruchsinhaberschaft des mietenden Elternteils*; zum Ganzen BSG vom 14.6.2018 [BÄ 14 AS 37/17 R](#) [BSGE 126, 70](#) = [SozR 4 4200 Ä 11 Nr 84, RdNr 18 f](#)) in ihr Gegenteil um, würde die Übernahmehaftigkeit einer kopfteilig auch ihren Bedarf erhaltenden Heizkostennachforderung mit der Begründung fehlender durchgängiger Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II verneint.

Ä

20

8. Der Beklagte kann dem Anspruch auch nicht mit Erfolg entgegenhalten, die Heizkosten seien unangemessen. Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sind ([Ä 22 Abs 1 Satz 3 SGB II](#)), soweit sie den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, als Bedarf so lange anzuerkennen, wie es dem oder der alleinstehenden Leistungsberechtigten oder der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder nicht zumutbar ist, durch Wohnungswechsel, durch Vermietung oder auf andere Art und Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel längstens für sechs Monate. Zur auch verfassungsrechtlich gebotenen Konkretisierung des Angemessenheitsbegriffs (vgl zur Konkretisierungspflicht im Hinblick auf die Kosten der Unterkunft BVerfG vom 10.10.2017 [1 Ä BvR 617/14 Ä juris](#)) sind, solange der jeweils örtlich zuständige Grundsicherungsträger keine differenzierte Datenermittlung für den konkreten Vergleichsraum durchgeführt hat, zur Bestimmung abstrakt angemessener Heizkosten aus Gründen der Praktikabilität die Werte des Bundesweiten Heizspiegels heranzuziehen (zum Ganzen BSG vom 2.7.2009 [BÄ 14 AS 36/08 R](#) [BSGE 104, 41](#) = [SozR 4 4200 Ä 22 Nr 23](#); BSG vom 12.6.2013 [BÄ 14 AS 60/12 R](#) [BSGE 114, 1](#) = [SozR 4 4200 Ä 22 Nr 69](#),

RdNr 22; zur Zulässigkeit eines bundesweit einheitlichen Maßstabs vgl BVerfG vom 4.5.2020 [2 BvL 4/18](#) *juris* RdNr 63). Dabei kommt dem daraus ermittelten Wert jedoch nicht die Funktion einer Quadratmeterhöchstgrenze zu mit der Folge, dass Heizkosten in jedem Fall nur bis zu dieser Höhe übernommen werden können. Erforderlich ist eine Prüfung, orientiert an den Verhältnissen des Einzelfalls (konkrete Angemessenheit). Die Überschreitung des jeweiligen rechnerischen Grenzwerts nach dem Heizkostenspiegel ist jedoch ein Indiz dafür, dass die entstandenen Kosten nicht mehr angemessen sind, führt also zu einem Anscheinsbeweis zugunsten des Leistungsberechtigten.

Ä

21

9. Nach den nicht mit Verfahrensrügen angegriffenen Feststellungen des LSG liegen die Verbrauchskosten für den Haushalt der Klägerinnen im Jahr 2010 deutlich über dem rechnerischen, abstrakten Grenzwert des Bundesweiten Heizspiegels, ohne dass die Mutter der Klägerinnen Gründe vorgebracht hätte, die die damit verbundene Indizwirkung hinsichtlich ihrer Unangemessenheit erschüttern hätten (*dazu BSG vom 12.6.2013* [B 14 AS 60/12 R](#) *juris* [BSGE 114, 1](#) = *SozR 4-4200* [Ä 22 Nr 69](#), *RdNr 26*). Neben der Obliegenheit zur Kostensenkung durch den Leistungsberechtigten (*dazu BSG vom 19.2.2009* [B 4 AS 30/08 R](#) *juris* [BSGE 102, 263](#) = *SozR 4-4200* [Ä 22 Nr 19](#), *RdNr 28 ff*; *BSG vom 27.2.2008* [B 14/7b AS 70/06 R](#) *juris* [SozR 4-4200](#) [Ä 22 Nr 8](#) *RdNr 13*) folgt in stRspr aus [Ä 22 Abs 1 Satz 3 SGB II](#) bei unangemessenen Kosten aber zugleich die Durchführung eines Kostensenkungsverfahrens durch das Jobcenter, das die leistungsberechtigte Person in die Lage versetzt, ihrer Kostensenkungsobliegenheit nachzukommen (*vgl BSG vom 12.6.2013* [B 14 AS 60/12 R](#) *juris* [BSGE 114, 1](#) = *SozR 4-4200* [Ä 22 Nr 69](#), *RdNr 35*).

Ä

22

10. Die Notwendigkeit eines Kostensenkungsverfahrens erfasst nicht nur die Kosten der Unterkunft, sondern nach dem Wortlaut der Norm und nach ihrem Sinn und Zweck auch die Heizkosten (*für die Notwendigkeit einer Kostensenkungsaufforderung bei unangemessenen Heizkosten auch Berlitz in Mänder/Geiger SGB II, 7. Aufl 2021, Ä 22 RdNr 156; Krauß in Hauck/Noftz SGB II, KÄ Ä 22 RdNr 242 f, Stand der Einzelkommentierung Januar 2021; Lauterbach in Gagel SGB II/III, Ä 22 RdNr 68, Stand der Einzelkommentierung Dezember 2020; Luik in Eicher/Luik, SGB II, 4. Aufl 2017, Ä 22 RdNr 115; Piepenstock in jurisPK-SGB II, 5. Aufl 2020, Ä 22 RdNr 177*). Die mit einer Kostensenkungsaufforderung verbundene Aufklärungs- und Warnfunktion soll der leistungsberechtigten Person Klarheit über die aus Sicht des Jobcenters angemessenen Aufwendungen und die maßgebliche Rechtslage verschaffen, sie damit in die Lage versetzen, ihr Verhalten in Bezug auf die für angemessen

erachteten Bedarfe einzustellen und sie gewährleisten, dass sich die Normadressaten auf künftige Entscheidungen der Verwaltung einstellen können (vgl. BVerfG vom 13.6.2007 – 1 BvR 1550/03 ua – BVerfGE 118, 168, 186 mwN). Diesem Erfordernis ist fehlende Kenntnis der Unangemessenheit aus anderen Gründen vorausgesetzt (vgl. dazu BSG vom 7.11.2006 – BÄ 7b AS 10/06 R – BSGE 97, 231 = SozR 4 – 4200 – § 22 Nr. 2, RdNr. 29) durch einen Hinweis Rechnung zu tragen, aus dem hinreichend konkret ersichtlich ist, welche Heizkosten der Leistungsträger als angemessen erachtet. Diese Erkenntnismöglichkeit verschafft regelmäßig die Kenntnis vom Inhalt der ersten Nebenkostenabrechnung für die konkret bewohnte Wohnung am Ende der ersten Abrechnungsperiode (vgl. BSG vom 12.6.2013 – BÄ 14 AS 60/12 R – BSGE 114, 1 = SozR 4 – 4200 – § 22 Nr. 69).

Ä

23

Nur ein solches Verständnis des § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II trägt dem verfassungsrechtlichen Gebot der tatsächlichen Sicherung einer menschenwürdigen Existenz vor dem Hintergrund Rechnung, dass es sich bei den Kosten für Unterkunft und Heizung um eine der grundrechtsintensivsten Bedarfspositionen handelt, weil sie die grundlegende Wohn- und Lebenssituation eines Menschen betreffen (vgl. BVerfG vom 9.2.2010 – 1 BvL 1/09 ua – BVerfGE 125, 175; BVerfG vom 18.7.2012 – 1 BvL 10/10 ua – BVerfGE 132, 134 RdNr. 64). Zu dem Grundbedürfnis Wohnen gehört nicht nur eine bestimmte Räumlichkeit, sondern auch eine angemessene Raumtemperatur (so bereits BSG vom 19.9.2008 – BÄ 14 AS 54/07 R – RdNr. 22 mwN). Für eine Übergangszeit wird also der räumliche Lebensmittelpunkt auch bei unangemessenen Kosten erhalten.

Ä

24

11. Von der Erforderlichkeit eines solchen Hinweises ist auch dann keine Ausnahme zu machen, wenn Grenzwerte des Bundesweiten Heizspiegels deutlich (extrem) überschritten werden. Auch in diesem Fall ist der leistungsberechtigten Person mangels gegenteiliger Anhaltspunkte und von Fällen anderweitiger Kenntnis oder des nachweislichen Missbrauchs abgesehen eine entsprechende Erkenntnismöglichkeit erst im Wissen um den tatsächlichen und den abstrakt angemessenen Verbrauch gegeben.

Ä

25

12. Anders als das LSG meint, ist der Anwendungsbereich des § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II nicht (oder vornehmlich) auf Fälle zu reduzieren, in denen

unangemessene Heizkosten auf einer unangemessen großen Wohnfläche beruhen. Einem solchen Verständnis, das sich auch nicht aus der Senatsentscheidung vom 19.9.2008 ([BÄ 14 AS 54/07 R](#)) ableiten lässt, steht es neben dem bereits ausgeführten Sinn und Zweck der Regelung schon deren Wortlaut entgegen, der eine solche Verknüpfung nicht erkennen lässt und insbesondere nicht nach der Ursache der Unangemessenheit (weder der Unterkunfts- noch der Heizkosten) differenziert. Es stünde zudem in Widerspruch zur sog Produkttheorie, wonach es keinen normativen Einschränkungen unterliegt, eine unangemessen große Wohnung zu bewohnen und durch sparsames Heizverhalten oder wegen einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz der Wohnung diese gleichwohl zu angemessenen Kosten zu beheizen. Aus der Größe der Wohnung allein lässt sich also nicht der Schluss ziehen, für die Wohnung aufgewandte Heizkosten seien unangemessen hoch (BSG vom 2.7.2009 [BÄ 14 AS 36/08 R](#) = [BSGE 104, 41](#) = [SozR 4-4200 S 22 Nr 23, RdNr 20](#)).

Ä

26

Die Kostenentscheidung beruht auf [ÄS 193 SGG](#).

Ä

Erstellt am: 20.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024